

## Gegen Tempo-30-Zone Referendum ergriffen

Fraubrunner Volk wehrt sich gegen «die flächendeckende Einführung von Tempo 30». Das sei gar nicht beabsichtigt, heisst es seitens des Gemeinderats. **Seite 31**

## Ein Blick hinter die Kulissen der Gestalter

Einheimisches Schaffen präsentieren – so lautet das Ziel eines Atelier-Rundgangs der Bernischen Stiftung für angewandte Kunst und Gestaltung. **Seite 25**



# Oberönzler Rolf Grädel gewinnt

Der Grosse Rat wählt den neuen Generalprokurator und den ersten Oberrichter der BDP

**Rolf Grädel ist ab Anfang 2010 Generalprokurator. Der erste Oberrichter mit Parteibüchlein BDP meist Jean-Philippe Guéra.**

BRUNO UTZ

Eine Fülle von Richterwahlen hatte gestern der Grosse Rat vorzunehmen. Am meisten interessierte dabei, wer Nachfolger des per Ende Jahr zurücktretenden Generalprokurators Markus Weber wird. Denn der jetzige Stelleninhaber soll 2011, nach dem Start der neuen Justizorganisation im Kanton Bern, auch neuer Chef der Staatsanwaltschaft werden. «Die Stelle wird nächstes Jahr nicht mehr ausgeschrieben. Der Inhaber wird dem Grossen Rat im November 2010 als Generalstaatsanwalt und damit als Chef der rund 275 Mitarbeitende zählenden Staatsanwaltschaft zur Bestätigung vorgeschlagen», informierte Samuel Leuenberger (BDP/Trubschachen). Der Gewählte müsse im kommenden Jahr bereits die Umsetzung der Reorganisation an die Hand nehmen.

Sprecher Leuenberger betonte, die Justizkommission habe beide Kandidaten angehört und als «sehr geeignet» erachtet. Zur Wahl stellten sich die beiden aktuellen Stellvertreter von Weber, Felix Bänziger (parteilos/Bern) und Rolf Grädel (SVP/Bern).

### Alter verspricht Kontinuität

Die Sprecher von SP und Grüne empfahlen Bänziger, die von SVP, FDP und BDP bevorzugten Grädel. Der 57-jährige Grädel sei



**GRUND ZUM FEIERN** Rolf Grädel (Mitte oben) nahm die Gratulationen der SVP-Exponenten Peter Brand und Béatrice Struchen entgegen; mit Jean-Philippe Guéra feierten Beatrice Simon und Dieter Widmer (u.r.). *uz*

jünger und könne somit länger Generalstaatsanwalt bleiben als Bänziger (61) erklärte Beatrice Simon (BDP). Andererseits verwies die Grüne Christine Häslar auf

den «ausserordentlichen Leistungsausweis» von Bänziger.

Bei einem absoluten Mehr von 73 Stimmen unterlag Bänziger mit 63 Stimmen, für Rolf

Grädel stimmten 81 Grossrätinnen und -räte. Der neue Generalprokurator ist übrigens ein waschechter Oboerargauer. Er sei in Oberönz aufgewachsen,

### SVP VERLIERT EINEN SITZ

Gestern besetzte der Grosse Rat auch drei Kommissionssitze. Für den verstorbenen Hans Küng (SVP/Oey) wählte der Rat neu Fritz Ruchti (SVP/Seewil) in die Oberaufsichtskommission (OAK). Neu gehört auch Corinne Schmidhauser (FDP/Bremgarten) der OAK an. Sie ersetzt den SVPLer Gerhard Fischer (Meiringen), der als Vizepräsident des Grossen Rates die OAK verlassen hat. Die SVP musste diesen Sitz an die FDP abtreten, weil der Nachfolger von Küng, Peter Eberhart, zur BDP gewechselt hat. Schliesslich wählte der Rat Andreas Lanz (SVP/Thun) als Nachfolger von Beat Schori (SVP/Bern) in die Justizkommission. *(UZ)*

seine Mutter lebe noch heute im Dorf, sagte Grädel.

### BDP-Oberrichter im Alleingang

Am Montag zeichnete sich auch bezüglich der Ersatzwahl für den zurücktretenden Oberrichter Thomas Maurer eine Ausmarchung ab. Nach zwei Verzicht von Kandidaten der SVP und EVP stellte sich gestern einzig noch Jean-Philippe Guéra (BDP/Liebefeld) zur Wahl. Bei einem absoluten Mehr von 66 Stimmen erhielt Guéra, der ehemalige Top-Skorer des FC Köniz, 123 Stimmen. Er ist damit der erste Oberrichter der BDP.

Schliesslich wählte der Rat mit 136 Stimmen Lukas Bühler (Gümligen) als kaufmännisches Mitglied ans Handelsgericht.

## Nachrichten

### Schwarze Schwäne weg



**10 bis 15 schwarze Schwäne sollten sich weiterhin auf dem Thunersee in freier Natur aufhalten können, hatten zwei SVP-Motionäre im März verlangt. Gestern überwies der Grosse Rat den Vorstoss mit 83 zu 8 Stimmen bei 21 Enthaltungen diskussionslos und schrieb das Anliegen sogleich ab. Er folgte damit dem Rat des Bundesrates. Dieser hatte im Juli auf eine Anfrage der Nationalräte Adrian Amstutz (SVP) und Ursula Haller (BDP) geantwortet, das Aussetzen von Schwarzschwänen verstosse gegen Bundesrecht. Gleichzeitig empfahl er den Bernern, wie bisher mit Augenmass tolerant zu sein. Der Besitzer der zehn Thuner Schwarzschwäne, Markus Krebser, hatte allerdings erklärt, er sei nicht in der Lage, die vom Kanton gemachten Auflagen zu erfüllen und gab die Schwarzschwäne weg. «Jetzt befinden sich die Schwarzschwäne nicht mehr im Kanton Bern», informierte gestern Motionär Andreas Lanz (SVP/Thun) den Rat. *(UZ)***

### Kapo Künftig kein Höchstalter mehr

Als erstes Polizeikorps hat die Kantonspolizei Bern das bisherige Höchstalter für künftige Polizisten abgeschafft. Es gilt nur noch das Mindestalter von 21 Jahren bei Beginn der Polizeischule. Ebenfalls gestrichen wurde die Hürde Mindestgrösse. Bisher war es nach dem 35. Altersjahr nicht mehr möglich, Kantonspolizist zu werden. Die neuen Kriterien gelten auch für den Botenschaftsschutz (bisher 40. Altersjahr) und für den Verkehrsdienst (50. Altersjahr). *(PKB)*

### Harmos Beschwerde beim Bundesgericht

Das Verwaltungsgericht hat sich im Falle einer Beschwerde gegen die Harmos-Abstimmung vom 27. September als nicht zuständig erklärt. Es hat die Akten ans Bundesgericht weitergegeben, berichtete gestern die Nachrichtenagentur SDA. Zwei Stimmberechtigte hatten moniert, die Abstimmungsbotschaft sei irreführend. Die darin in Aussicht gestellten Ausnahmen zur Einschulung ab dem 4. Altersjahr seien im Schulkonkordat gar nicht vorgesehen. *(UZ)*

### Geklärt Sieben Schüler als Einbrecher

Die im April und Mai erfolgten verschiedenen Einbrüche in drei Klubbhäuser in Laupen und Kriechenwil sind geklärt. Sieben 14- und 15-jährige Schüler aus der Region haben die Taten gestanden. *(PKB)*

# Neuer Mantel für Stadien

Stadt Biel und Investorin HRS wollen Stades de Bienne bis 2012 bauen

**Die Krise verändert die Stades de Bienne: Die HRS reduziert die Fachmarktnutzung, und die Stadt erlaubt den Food-Verkauf.**

BRUNO UTZ

Unermüdlich predigte gestern vor den Medien Hans Stöckli, «wir bauen die Stades de Bienne trotz Wirtschaftskrise. Am 1. November 2012 ist die Eröffnung». Der Bieler Stadtpräsident und Martin Kull, CEO der Investorin HRS, betonten auch, dass das Fussballstadion, das Eisstadion, die Curlinghalle und die drei Trainingsfelder ohne Abstriche gebaut würden. «Aussen ändert sich nichts», so Stöckli. Und trotzdem muss die im Dezember 2007 vom Volk mit über 75 Prozent Zustimmung verabschiedete Vorlage nochmals an die Urne. «Weil die baurechtliche Grundordnung angepasst wird», erklärte Baudirektor Hubert Klopfenstein (FDP): Statt 30 000 Quadratmeter Verkaufsfläche für Fachmärkte sind dafür noch 21 000 Quadratmeter vorgesehen. Und die minimale Verkaufsfläche wird von 2500 auf 1250 Quadratmeter halbiert. Und neu dürfen maximal 1500 Quadratmeter für den Verkauf von Lebensmitteln eingesetzt werden. «Es entsteht aber kein



**DURCHZIEHEN** Hans Stöckli (l.) und Martin Kull. *uz*

Einkaufszentrum. Die Innenstadtgeschäfte mit ihrem breiten Branchenmix werden kaum tangiert», betonte Thomas Gfeller, Leiter Stadtmarketing.

### Kull: «Wenig Interessenten»

«Wir bauen in einer Zeit, wo die Detailhandelsketten reduzieren beziehungsweise mit der weniger grossen Kelle anrichten», erklärte Kull und schob nach: «Wir hatten sehr wenig Interessenten für die Mantelnutzung.»

Gemeinderat und HRS hätten sich auf zwei Varianten geeinigt: Lehne das Volk am 3. März 2010 das abgespeckte Projekt ab, könne HRS trotzdem in der bisherigen, baubewilligten Dimension bauen. Verzichte HRS, so erhalte die Stadt Biel eine Abgeltung von

fünf Millionen Franken. Bei einem zweiten Ja und einem Verzicht von HRS seien sogar sieben Millionen fällig. «Damit wären die bisherigen Kosten der Stadt gedeckt», sagte Stöckli, der auch Bieler Finanzminister ist. Er sei jedoch zuversichtlich, dass HRS am 1. November 2010 mit dem Bau beginne und die Stadien zwei Jahre später fertig sind.

Biel rechne zudem damit, dass der Grosse Rat aus dem Sportfonds mindestens die von der Steuerungskommission zugesicherten 12 Millionen Franken bewillige. Und das noch heuer. Einen Plan B gebe es nicht, die Stadt Biel könne die 100 Millionen für die notwendigen Stadien nicht selber finanzieren.

# Schweinegrippe infiziert den Grossen Rat

Weder Sommerlochstory noch Hysterie

Mit vier Fragen war die Schweinegrippe Thema Nummer eins bei der gestrigen Fragestunde im Grossen Rat. Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud räumte gegenüber Fragesteller Thomas Fuchs (SVP/Bern) ein, von der ersten Grippewelle sei die Schweiz nicht erfasst worden. «Aber die kantonalen Behörden bereiten sich nach Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) auf den Ernstfall vor.»

Auf kritische Fragen von Peter Eberhart (BDP/Erlenbach) bezüglich der bevorstehenden Zulassung von zwei Impfstoffen erklärte Perrenoud, nur wenn die Tests gut ausfielen, würden die Impfstoffe frei gegeben. Die Haftung für allfällige Impfschäden oblige den zwei Herstellern Novartis und Smith Kline Beecham.

Eberhart erkundigte sich weiter nach behördlichen H1N1-Auflagen für Einkaufszentrum und Fachgeschäfte. Auch diesbezüglich würde der Kanton Bern kein Sonderzügeln fahren und sich nach den Empfehlungen des BAG richten, sagte der Gesundheitsdirektor. Die Läden seien bereits aufgefordert worden, Pandemiepläne auszuarbeiten. Der FDPler Sylvain Astier (Moutier) erkundigte sich nach allfälligen Schliessungen. Solche anzuord-

nen sei Sache des Kantonsarztes, so Perrenoud. Für die Betreuung der Schulkinder von arbeitenden Eltern müssten die Gemeinden sorgen.

### Nein zu Aufenthaltsbewilligung

Gerhard Fischer (SVP/Meiringen) wollte wissen, weshalb «eine kleine Gemeinde im Berner Oberland» einer Ausländerfamilie die Aufenthaltsbewilligung verweigert habe. Der negative Entscheid sei mit dem Hinweis begründet worden, dass kein erhebliches fiskalisches kantonales Interesse vorliege. Im vorliegenden Fall gehe es jedoch immerhin um einen Steuerbetrag von 80 000 Franken pro Jahr.

Regierungspräsident Hans-Jürg Käser (FDP) antwortete, insgesamt seien seit Januar 2008 zwei solche Gesuche eingegangen. Beide seien noch hängig. Der Regierungsrat wolle zwar nicht auf Steuern verzichten, er müsse jedoch auch auf eine ausgewogene Durchmischung der Bevölkerung achten. Ohne auf die von Fischer erwähnten 80 000 Franken einzugehen, sagte Käser, der totale Steuerbetrag müsse «beträchtlich» sein. Schliesslich dürfe der Kanton Bern nicht zum Einfallstor für Leute aus dem EFTA/EU-Raum werden. *(UZ)*